



Wetteraukreis

Förderantrag zum Förderprogramm „Anreize für Investitionen im Fremdenverkehr“

An den
Kreisausschuss des Wetteraukreises
Fachdienst 4.1 Kreis- und Regionalentwicklung
Homburger Str. 17
61169 Friedberg

Eingangsstempel

(1) Antragsteller(in)/Bescheidempfänger(in)	
Name, ggf. Unternehmensbezeichnung	
Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsname
Postanschrift	
Straße und Hausnummer o. Postfach	
PLZ	Ort, Ortsteil
Tel.-Nr.	Fax-Nr.
Handy-Nr.	Email-Adresse
(2) Bankverbindung	
Kontonummer	Bankleitzahl
Bank	
(3) Betriebs-/Projektanschrift	
Straße und Hausnummer o. Postfach	
PLZ	Ort, Ortsteil
Tel.-Nr.	Fax-Nr.
Handy-Nr.	Email-Adresse
(4) Rechtsform bei Gesellschaften bzw. juristischen Personen	
<input type="checkbox"/> GbR <input type="checkbox"/> e. V. <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> Ltd. <input type="checkbox"/> Sonstige:	

(9) Vorgesehener Zeitraum (nur I bis IV) bzw. erfolgter Zeitraum (nur V) der Durchführung	
von bis	
(10) Maßnahmenbeginn (nur I bis IV)	
<input type="checkbox"/> Die Maßnahme wurde noch nicht begonnen	
<input type="checkbox"/> Mir/uns ist bekannt, dass erst nach Zugang eines Bewilligungsbescheides mit der Maßnahme begonnen werden darf. Dies gilt auch für den Kauf von Materialien oder für die Auftragsvergabe. Ein vorzeitiger Beginn schließt die Förderung der Maßnahme aus	
(11) Bevollmächtigung	
Hiermit bevollmächtige/n ich/wir die nachstehende Person für mich/uns zur Abgabe und Entgegennahme aller Erklärungen zu der von mir/uns beantragten Fördermaßnahme (siehe Ziff. 6 dieses Förderantrages) gegenüber der Bewilligungsstelle bis auf Widerruf:	
Name der/des Bevollmächtigten	
Straße	
PLZ/Ort	
Unterschrift der/des Bevollmächtigten	
(12) Kosten und Finanzierung (nur I bis IV)	
Eigenmittel (Bargeld, Bankdarlehen, etc.) Euro
Fremdmittel (Zuschüsse und Beiträge, andere Förderungen), Art Euro
Beantragter Zuschuss Euro
Gesamtmittel Euro
(13) Anlagen	
Als Anlagen sind beigefügt (bitte ankreuzen):	
<input type="checkbox"/> Anlage 1 Erklärung Unternehmensbeteiligung <input type="checkbox"/> Anlage 2 Erklärung von Unternehmen zu „De-minimis“-Beihilfen <input type="checkbox"/> Kostenangebote, Kostenberechnung nach DIN 276 <input type="checkbox"/> erforderliche Genehmigungen <input type="checkbox"/> Gesellschaftervertrag <input type="checkbox"/> Sonstiges:	

(14) Sonstige Hinweise und Erklärungen

Mir/uns ist bekannt, dass auf die Gewährung einer Zuwendung kein Rechtsanspruch besteht.

Ich/wir erkenne/n die für die Zahlung von Zuwendungen geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen, von denen ich/wir Kenntnis genommen habe/n, für mich/uns für verbindlich an. Mir/uns ist bekannt, dass alle Rechtsvorschriften bei der zuständigen Behörde/Bewilligungsstelle eingesehen werden können.

Mir/uns ist bekannt, dass alle Angaben in den einzelnen Anträgen und die Angaben in den mit den Anträgen eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29.07.1976 (BGB I.1. Seite 2037) sind.

Mir/uns ist auch bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin/sind, der zuständigen Behörde/Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung(en) entgegenstehen oder für die Rückforderung(en) erheblich sind,
- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können,
- die Zahlung der Zuwendung bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder bei nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen zurückgefordert werden kann,
- die zuständige Behörde/Bewilligungsstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Behörde/Bewilligungsstelle alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- die zuständige Behörde/Bewilligungsstelle entsprechend den Rechtsvorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann, gemäß § 4 (4) Satz 2 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HvwKostG) bei Rücknahme oder Widerruf eines Zuwendungsbescheides aus Gründen, die der Kostenschuldner zu vertreten hat, Gebühren oder Auflagen fällig werden.

Ich/wir verpflicht(n) mich/uns, alle Unterlagen, Aufzeichnungen und Belege (Originalrechnungen) für die Dauer von mindestens 5 Jahren nach Vorlage des Verwendungsnachweises (Abschluss der Maßnahme) aufzubewahren, soweit nicht nach anderen Vorschriften ein längerer Aufbewahrungszeitraum vorgeschrieben ist.

Jede Nichteinhaltung von Zuwendungsvoraussetzungen – auch in Fällen höherer Gewalt – werde(n) ich/wir der zuständigen Behörde/Bewilligungsstelle unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitteilen.

Sofern Miteigentumsverhältnisse bestehen, bin ich/sind wir damit einverstanden, dass die Bescheide und der Schriftverkehr einem/einer der unterzeichnenden Miteigentümer/-innen zugleich mit Wirkung für und gegen den/die anderen Miteigentümer/-innen bekannt gegeben werden. Bescheide und Schriftverkehr gehen an die unter 1. genannte Adresse oder den/die Vertretungsberechtigte(n).

Ich/wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass

1. der Förderentscheidung (Bewilligung) die zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Rechtsgrundlagen/Förderrichtlinien, haushalts- und verwaltungsrechtliche Vorschriften zugrunde liegen, sofern nichts anderes bestimmt ist.
2. sofern Antragsänderungen bzw. –ergänzungen zu Ziffer 12, die im Zuge des Prüfungsverfahrens notwendig werden, insbesondere die zuwendungsfähigen Kosten und die Zuwendungshöhe betreffend, von den zuständigen Bearbeitungsstellen verbindlich vorgenommen werden, um eine Übereinstimmung der Antrags- und Bewilligungsdaten zu gewährleisten; im Übrigen gelten die Hinweise zu Ziffer 3.
3. aus haushaltsrechtlichen Gründen bei der Bemessung des Zuwendungsbetrages die zuwendungsfähigen Gesamtkosten/-ausgaben zu Grunde gelegt werden und die daraus resultierende Zuwendungssumme auf gerade Euro-Beträge abgerundet wird.

Das mit dem Antragsformular ausgehändigte Förderprogramm „Anreize für Investitionen im Fremdenverkehr“ wird von mir/uns anerkannt.

Im Übrigen können diese Unterlagen von der Internetseite des Wetteraukreises – www.wetteraukreis.de - herunter geladen werden.

Eine Nichtanerkennung schließt eine positive Entscheidung aus.

Ich/wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag gemachten Angaben!

Unterschrift(en) d. Antragsteller(s)/-in

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift(en)

